

Transparenz- und Informationspflichten gem. Art. 13 DS-GVO

Thema: Abgabe einer Verpflichtungserklärung nach § 68 Absatz 1 Satz 1 des Aufenthaltsgesetz (AufenthG)

Wir erheben und verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten. Hiermit möchten wir Sie über konkrete Details sowie die Modalitäten der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und welche Rechte Ihnen in diesem Zusammenhang zustehen informieren.

Nach Art. 12 ff. DS-GVO stellen wir Ihnen mit diesem Schreiben die Pflichtinformationen im Bereich des Fachbereich 23 zur Verfügung, bitte nehmen Sie diese Informationen zur Kenntnis:

Verantwortliche:r für die Datenverarbeitung	Landkreis Northeim vertreten durch die Landrätin / den Landrat Medenheimer Str. 6/8, 37154 Northeim Telefon: 05551 708-0, FAX: 05551 708-81223 E-Mail: info@landkreis-northeim.de
Fachverantwortliche Stelle für die Datenverarbeitung	Fachbereich 23 – Migration und Integration Telefon: 05551-708-81730 E-Mail: Einbuergerung@landkreis-northeim.de
Kontakt Daten Datenschutzbeauftragte:r	Kommunale Dienste Göttingen (kAÖR) Die externe behördliche Datenschutzbeauftragte Paulinerstraße 14, 37073 Göttingen Telefon: 0551 / 384-4195 E-Mail: datenschutz@kdgoe.de
Zwecke der Datenverarbeitung	Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten dient dem Zweck zur Abgabe einer Verpflichtungserklärung, wenn die die Verpflichtungserklärung abgebende Person (Gastgeber) eine Person (Gast) zu Besuch einlädt oder ihr einen längeren Aufenthalt in Deutschland ermöglichen möchte, diese Person dafür ein Visum benötigt für - kurzfristiger Aufenthalt (bis zu 90 Tagen) Visum zu Besuchszwecken - langfristiger Aufenthalt (mehr als 90 Tage) Multi-Visum, Visum zum Studium oder Sprachkurs, Visum zu Arbeitsaufnahme oder Arbeitssuche, Visum für Geschäftskunden oder Vereinsmitglieder, Visum zur Familienzusammenführung oder Eheschließung. Durch die abgegebene Verpflichtungserklärung können die Gäste bei der Beantragung des Visums gegenüber der deutschen Auslandsvertretung (Botschaft oder Konsulat) nachweisen, dass für die Dauer ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland der Lebensunterhalt sichergestellt ist und Kosten für eventuelle Krankenbehandlungen übernommen werden. Mit der Verpflichtungserklärung verpflichtet sich die abgebende Person, für alle Kosten aufzukommen, die während des Aufenthalts ihres Gastes entstehen könnten. Dies gilt für einen Zeitraum von fünf Jahren ab Einreise des Gastes.

Rechtsgrundlagen zur Datenverarbeitung	Die Datenverarbeitung basiert auf einer gesetzlichen Rechtsgrundlage und ergibt sich aus Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe e und Art. 9 Abs. 2 Buchstabe g Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) in Verbindung mit §§ 66 - 68, 70, sowie 86 Aufenthaltsgesetz (AufenthG), § 69 Abs. 2 Nr. 2g Aufenthaltsverordnung (AufenthV)
Kategorien und Arten personenbezogener Daten	Wir verarbeiten folgende Datenkategorien/-arten: 1. Gastgeber Kontakt- und Stammdaten: Name, Vorname, Geburtsdatum und –ort, Geburtsland, Staatsangehörigkeit, Adresse Identifikationsdokument Einkommensnachweise aus nichtselbständiger Arbeit der letzten drei Monate, Arbeitsgeberbescheinigung, Arbeitsvertrag Einkünfte aus anderen Einkunftsarten (z. B. Rente, Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung) Selbständige: letzter Steuerbescheid oder aktuelle Bescheinigung des Steuerberaters über das aktuelle Netto-Einkommen, Nachweis über freiwillige Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung oder Nachweis über die Höhe der Beiträge für die private Krankenversicherung Kontoauszüge der letzten drei Monate Tabelle Einnahmen und Ausgaben Angaben zur Wohnsituation (Wohnraumnachweis) Darüber hinaus werden personenbezogene Daten bei Dritten, soweit diese gesetzlich zur Mitteilung an den Landkreis Northeim verpflichtet sind und die Daten zur Erfüllung der Aufgabe benötigt werden oder der Gastgeber eine Einwilligung zur Datenerhebung erteilt hat, sowie aus öffentlich zugänglichen Informationsquellen: - Verurteilung aufgrund einer Straftat nach § 95 Abs. 1 Nr. 2 oder 3 Abs., 1 a, § 96 oder 97 AufenthG, §§ 10 oder 11 Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz, §§ 232, 233, 233a oder 236 Abs. 2 Satz 3 des Strafgesetzbuches oder § 30a Abs. 1 oder Abs. 2 des Betäubungsmittelgesetzes wegen Ein- oder Ausfuhr von Betäubungsmitteln - Falschangaben als Antragsteller, Einlader, Verpflichtungsgeber oder Referenzperson im Visumverfahren oder Nichterfüllung einer Verpflichtung - Erteilung einer Einwilligung für eine freiwillige Speicherung, weil der Verdacht besteht, dass unter ihrem Namen unbefugte Erklärungen im Rahmen des Visumverfahrens abgegeben wurden 2. Gast Kontakt- und Stammdaten: Name, Vorname, Geburtsdatum und –ort, Staatsangehörigkeit, Anschrift (Straße, Ort und Land) Identifikationsdokument Reisepassnummer Verwandtschaftsbeziehung Zweck und Dauer der Einreise

Empfänger Ihrer Daten (intern / extern)	Leistungsbehörden, denen ein Erstattungsanspruch zustehen (§68 Abs. 4 AufenthG) Visawarndatei beim Bundesverwaltungsamt, bei Falschangaben oder Nichterfüllung der Verpflichtungserklärung (§ 2 Abs. 1 Nr. 3 Visawarndateigesetz - VWDG) Bundesnachrichtendienst, Bundesamt für Verfassungsschutz, Militärischer Abschirmdienst, Bundeskriminalamt und Zollkriminalamt zur Prüfung von Sicherheitsbedenken (§ 73 Abs. 1 AufenthG) ekom 21 - Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen
Datenübermittlung an ein Drittland	Ihre personenbezogenen Daten werden nicht an ein Drittland übermittelt.
Verpflichtung zur Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten	Sie sind zur Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten verpflichtet. Sollten Sie Ihre Daten nicht angeben, dann müssen Sie mit folgendem rechnen: Die Bearbeitung Ihrer Verpflichtungserklärung kann nicht erfolgen.
Dauer der Speicherung (Löschfristen, Aufbewahrungsfristen, Archivierungsfristen mit entsprechender Rechtsgrundlage)	Die Daten werden gelöscht, wenn sie für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgabe nicht mehr benötigt werden und der Löschung keine sonstigen gesetzlichen Aufbewahrungspflichten und –fristen entgegenstehen. In der Regel erfolgt eine Aufbewahrung der Verpflichtungserklärung für die Dauer von sechs Jahren ab dem Ende des Geltungszeitraums der Verpflichtungserklärung nach § 68 Abs. 1 Satz 1 AufenthG bzw. § 68a AufenthG (vgl. dazu auch § 70 Abs. 1 AufenthG). Abweichendes gilt bei der zwangsweisen Durchsetzung der Ausreisepflicht; hier sind die Belege so lange wie erforderlich aufzubewahren.
Ihre Rechte (Betroffenenrechte)	Ihnen stehen folgende Rechte zu: - Auskunft (Art. 15 DSGVO) - Berichtigung (Art. 16 DSGVO) - Löschung (Art. 17 DSGVO) - Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) - Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO) - Widerspruch (Art. 21 DSGVO) - Automatisierte Entscheidungsfindung (Art. 22 DSGVO) - Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO) - Widerruf der Einwilligung (Art. 7 Abs. 3 DSGVO)
Beschwerderecht	Des Weiteren steht Ihnen ein Beschwerderecht bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu: Der/Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen Prinzenstraße 5, 30159 Hannover Telefon: 0511 120 45 00 E-Mail: poststelle@lfd.niedersachsen.de Auf der Internetseite steht zudem ein Online-Beschwerdeformular zur Verfügung: www.lfd.niedersachsen.de
Quelle der personenbezogenen Daten	Ihre personenbezogenen Daten haben wir direkt von Ihnen zur Bearbeitung Ihrer Verpflichtungserklärung erhalten.
Stand/Datum der letzten Überarbeitung	Version 1.3 / Stand vom 10.06.2026

Transparenz- und Informationspflichten gem. Art. 13 DS-GVO

Thema: Nutzung des Online-Service „Abgabe einer Verpflichtungserklärung“ über die Webseite ekom 21

Wir nehmen den Schutz Ihrer Grundrechte sehr ernst und behandeln Ihre personenbezogenen Daten mit größter Sorgfalt sowie entsprechend den geltenden Datenschutzvorschriften.

Wir möchten Sie ausführlich und transparent über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten informieren. Die folgenden Hinweise sollen Ihnen einen Überblick darüber geben, wie wir Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten, wenn Sie dieses Online-Angebot nutzen.

1. Verantwortlicher der Datenverarbeitung

Verantwortlich für die Datenverarbeitung im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 EU Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) ist

Landkreis Northeim
vertreten durch die Landrätin / den Landrat
Medenheimer Str. 6/8, 37154 Northeim
Telefon 05551 708-0, FAX: 05551 708-223
E-Mail: info@landkreis-northeim.de

Fachverantwortliche Stelle für die Datenverarbeitung:
Fachbereich 23 – Migration und Integration
Herr Detlef Schrader
Telefon 05551 708-730
E-Mail: dschrader@landkreis-northeim.de

Im Folgenden „Verantwortlicher“ oder „wir“ genannt.

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Kommunale Dienste Göttingen (kAÖR)
Die externe behördliche Datenschutzbeauftragte
Paulinerstraße 14, 37073 Göttingen
Telefon: 0551 384-4195
E-Mail: datenschutzkdgoe.de

3. Welche technischen Daten erfassen wir, wenn Sie Online-Verwaltungsleistungen von uns aufrufen?

Wenn Sie über unsere Webseite einen Online-Service nutzen, werden auf den Servern unseres IT-Dienstleisters ekom21 – KGRZ Hessen folgende technische Daten erfasst:

- Name der abgerufenen Webseite,
- Datei, Datum und Uhrzeit des Abrufs,
- Übertragene Datenmenge,
- Meldung über erfolgreichen Abruf,
- Browsertyp nebst Version,
- Das Betriebssystem des Nutzers und
- Referrer URL (die zuvor besuchte Seite).

Die Daten werden in sogenannten Logfiles (technische Protokolldateien) geschrieben und dort für eine Dauer von 90 Tagen gespeichert. Danach werden sie automatisch, unwiederbringlich gelöscht. Die in den Logfiles gespeicherten Daten werden mit einer automatisch generierten, technischen ID versehen. Diese ID verknüpft sich mit einer Vorgangs-ID, die erzeugt wird, wenn Sie unseren Online-Service nutzen. Dadurch kommt es zu einer Verknüpfung der Daten in den Logfiles mit den personenbezogenen Daten, die Sie uns über den Online-Service zur Verfügung stellen. Der Zugriff auf die Logfiles ist durch technische und organisatorische Maßnahmen nur einem festgelegten Kreis von entsprechend angewiesenen Administratoren möglich. Des Weiteren erfassen die Server der ekom21 – KGRZ Hessen die IP-Adresse des anfragenden Nutzers, die für eine Dauer von 7 Tagen in der Web Application Firewall (WAF) der ekom21 – KGRZ Hessen gespeichert wird. Nach Ablauf von 7 Tagen wird die IP-Adresse des anfragenden Nutzers automatisch und unwiederbringlich gelöscht. Auch der Zugriff auf die WAF ist nur einem festgelegten Kreis von entsprechend angewiesenen Administratoren möglich.

Angaben über die Zwecke der Verarbeitung und die Rechtsgrundlage:

Die Erfassung der obigen technisch notwendigen Daten dient dem Zweck, Ihnen die Nutzung der Webseite in technischer Hinsicht zu ermöglichen sowie die Stabilität und Sicherheit des Angebotes zu gewährleisten. Diese Verarbeitung erfolgt auf Grundlage des Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f DSGVO.

Die Speicherung der technisch notwendigen Daten in den Logfiles und in der WAF und die potenzielle Zugriffsmöglichkeit auf die Logfiles und die WAF durch Administratoren dienen dem Zweck, dass die Administratoren, die bei der Nutzung eines unserer Online-Services erfassten technischen Daten zur Kenntnis nehmen können, um Fehlerursachen (zum Beispiel bei einer fehlgeschlagenen Übermittlung Ihrer Daten über das Online-Formular) zu identifizieren. Diese Maßnahme soll gegenüber dem Nutzer die Verfügbarkeit unserer Online-Services gewährleisten und erfolgt auf Grundlage des Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f DSGVO.

Die Verknüpfung der automatisch generierten technischen ID mit der Vorgangs-ID dient dem Zweck, den Administratoren die Möglichkeit einzuräumen, die bei der Nutzung eines unserer Online-Services erfassten technischen Daten einem speziellen Nutzer zuzuordnen, um bei einer Fehlermeldung hinsichtlich der Nutzung eines unserer Online-Services (zum Beispiel bei einer fehlgeschlagenen Übermittlung Ihrer Daten), eine nutzerspezifische Fehlerursache zu ermitteln und dem Nutzer anschließend geeignete technische Abhilfemaßnahmen vorschlagen zu können (zum Beispiel Software-Optimierungen). Diese Maßnahme soll gegenüber dem Nutzer die Verfügbarkeit unserer Online-Services gewährleisten und erfolgt auf Grundlage des Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f DSGVO.

Die Nicht-Erfassung der technischen Daten hätte zur Folge, dass wir Ihnen die Nutzung unserer Online-Services nicht ermöglichen sowie technische Fehler, die Sie an der Nutzung unserer Online-Services hindern, nicht identifizieren könnten.

Ohne die Speicherung der technisch notwendigen Daten in den Logfiles und in der WAF und ohne den potenziellen Zugriff auf die Logfiles und die WAF durch Administratoren, könnten die bei der Nutzung eines unserer Online-Services erfassten technischen Daten nicht zur Kenntnis genommen werden, um Fehlerursachen zu identifizieren.

Die Nicht-Verknüpfung der beiden IDs hätte zur Folge, dass wir bei einer Fehlermeldung hinsichtlich der Nutzung eines unserer Online-Services (zum Beispiel bei einer fehlgeschlagenen Übermittlung Ihrer Daten), keine nutzerspezifische Fehlerursache ermitteln könnten.

4. Cookies

Bei Cookies handelt es sich um kleine Informationseinheiten, die von einer Webseite lokal im Speicher Ihres Internet-Browsers auf dem von Ihnen genutzten Rechner abgelegt werden. Sie enthalten sogenannte Identifier (zufällig generierte Identifikationsnummern), über die der Server Anfragen Ihres Zugriffsgeräts eindeutig zuordnen kann. Auf diese Weise kann grundsätzlich auch eine Anfrage einem bestimmten Nutzer zugeordnet werden.

Angaben über die Zwecke der Verarbeitung und die Rechtsgrundlage:

Bei der Nutzung eines Online-Services über unsere Webseite werden Session-Cookies für die technische Bereitstellung und optimale Funktion der Webseite verwendet: Wir setzen ausschließlich Session-Cookies im Zusammenhang mit der Nutzung unserer Webseite ein,

- um Ihren Browser für die laufende Sitzung im Nutzerkonto Bund (NKB) und im Elster-Unternehmenskonto (EUK) oder auf unserer Webseite wiederzuerkennen,
- um Sie bei erfolgreicher Anmeldung von der Anmeldeseite für das NKB oder EUK auf das eigentliche NKB oder EUK zu leiten (Authentisierung am NKB oder EUK)
- um eine automatische Abmeldung aus dem NKB oder EUK bei Inaktivität zu gewährleisten (Log-Out-Cookie)
- und Sie gegenüber einem Fachverfahren (Verwaltungsleistung) ggf. zu authentisieren (Authentisierung mit dem NKB oder EUK).

Die Verarbeitung erfolgt auf Grundlage des Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e DSGVO.

Hinweis: Sie können sich mit jedem Internetbrowser anzeigen lassen, wenn Cookies gesetzt werden und was sie enthalten. Abhängig davon, welchen Browser Sie verwenden, können Sie bereits in Ihrem Browser einstellen, ob Sie Cookies generell zulassen, ob Sie nur bestimmte Cookies akzeptieren oder alle Cookies ablehnen wollen. Über Ihren Browser können Sie in der Regel auch einsehen, welche Cookies auf Ihrem Zugriffsgerät gespeichert sind, und Sie können diese dann auch ganz oder teilweise löschen. Wenn Sie das Setzen der oben genannten Cookies ganz oder teilweise ablehnen, kann es sein, dass Sie die aufgerufene Webseite nicht nutzen und damit unsere Online-Services nicht nutzen können.

5. Übernahme Ihrer personenbezogenen Daten aus dem Authentifizierungsprozess in das Verwaltungsverfahren

Um Ihnen als Nutzer die Bedienung unserer Webseite so einfach und bequem wie möglich zu machen, können Sie bestimmte personenbezogenen Daten aus dem Authentifizierungsprozess (Identifikation über das NKB oder EUK) für die Abgabe oder Vorbereitung einer Verpflichtungserklärung verwenden.

6. Informationen über den Zweck der Verarbeitung Ihrer Daten und die Rechtsgrundlage

Die Datenverarbeitung dient der Bearbeitung Ihrer zur Verfügung gestellten Daten für die Abgabe oder Vorbereitung einer Verpflichtungserklärung nach § 68 Absatz 1 Satz 1 AufenthG.

Die Datenverarbeitung basiert auf einer gesetzlichen Rechtsgrundlage und ergibt sich aus Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e DSGVO in Verbindung mit § 86 Satz 1 AufenthG sowie Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe g DSGVO in Verbindung mit § 86 Satz 2 AufenthG.

Für die Abgabe oder Vorbereitung einer Verpflichtungserklärung ist es erforderlich, dass Sie uns bestimmte Daten zur Verfügung stellen. Dabei unterscheiden wir zwischen Pflichtangaben und freiwilligen Angaben. Pflichtangaben sind für die Abgabe oder Vorbereitung einer Verpflichtungserklärung erforderlich und im Online-Formular entsprechend gekennzeichnet. Machen Sie keine Pflichtangaben, können Sie das Online-Formular nicht nutzen. Die Zurverfügungstellung von freiwilligen Angaben ist nicht zwingend für die Abgabe oder Vorbereitung einer Verpflichtungserklärung erforderlich, kann aber die Bearbeitung und Prüfung Ihrer gemachten Angaben gegebenenfalls beschleunigen.

7. Angaben über Empfänger von personenbezogenen Daten oder Kategorien von Empfängern

Sofern Sie eine Verpflichtungserklärung abgeben oder vorbereiten, erfolgt eine Offenlegung Ihrer angegebenen Daten gegenüber unseren zuständigen Mitarbeitenden aus der Verwaltung, die Ihre Angaben und Unterlagen prüfen und bearbeiten.

Mit Nutzung des Online-Formulars zur Abgabe oder Vorbereitung einer Verpflichtungserklärung werden Ihre personenbezogenen Daten von den Servern unseres IT-Dienstleisters ekom21 – KGRZ Hessen erfasst und verarbeitet, sodass eine Offenlegung Ihrer personenbezogenen Daten gegenüber der ekom21 – KGRZ Hessen erfolgt. Die personenbezogenen Daten können unter Einhaltung der geltenden Datenschutzvorschriften auch gegenüber anderen IT-Dienstleistern offengelegt werden.

Falls Sie im Online-Formular eine Zahlungsart wählen, werden Ihre Daten, die für die Durchführung des Bezahlvorgangs erforderlich sind, an Zahlungsdienstleister übermittelt, die den Vorgang dieser gewählten Zahlungsart abwickeln.

8. Angaben über die Speicherdauer

Die unter Ziffer 3. dieser Datenschutzerklärung aufgeführten Daten, bei denen es sich nicht um die IP-Adresse handelt, werden nach Ablauf von 90 Tagen aus den Logfiles automatisch gelöscht. Die IP-Adresse des anfragenden Nutzers wird nach Ablauf von 7 Tagen automatisch und unwiederbringlich gelöscht. Die unter Ziffer 4. dieser Datenschutzerklärung genannten Session-Cookies zur Wiedererkennung der Browser-Sitzung oder einer Inaktivität des Nutzers werden entweder mit Beendigung der Browser-Sitzung oder spätestens nach 30 Minuten gelöscht.

9. Ihre Rechte

9.1 Recht auf Auskunft (Artikel 15 DSGVO)

Sie können über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten Auskunft verlangen. Ihr Auskunftsbegehren sollte soweit präzisiert sein, dass uns das Zusammenstellen der erforderlichen Informationen möglich ist. Bitte beachten Sie, dass Ihr Auskunftersuchen nach Artikel 15 DSGVO durch die Bestimmungen des Artikel 23 DSGVO eingeschränkt sein kann.

9.2 Recht auf Berichtigung (Artikel 16 DSGVO)

Sollten die Sie betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre personenbezogenen Daten unvollständig sein, können Sie eine Vervollständigung verlangen.

9.3 Recht auf Löschung (Artikel 17 DSGVO)

Sie können unter bestimmten Bedingungen die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Ihr Anspruch auf Löschung hängt unter anderem davon ab, ob die Sie betreffenden personenbezogenen Daten von uns zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden oder ob einer Löschung Ihrer personenbezogenen Daten gesetzliche Aufbewahrungsfristen und -pflichten entgegenstehen.

9.4 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 DSGVO)

Sie haben unter bestimmten Bedingungen das Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten zu verlangen.

9.5 Recht auf Widerspruch (Artikel 21 DSGVO)

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung, die aufgrund von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e oder f DSGVO erfolgt, der Sie betreffenden personenbezogenen Daten zu widersprechen. Bitte beachten Sie, dass Ihr Widerspruchsrecht aufgrund der Bestimmungen des § 28 Niedersächsisches Datenschutzgesetz (NDSG) eingeschränkt oder nicht ausübbar sein kann, wenn die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e DSGVO gestützt wird. Bitte richten Sie Ihren Widerspruch an den oben genannten Verantwortlichen der Datenverarbeitung.

9.6 Recht auf Beschwerde (Artikel 77 DSGVO)

Wenn Sie der Auffassung sind, dass wir bei der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten datenschutzrechtliche Vorschriften nicht beachtet haben, können Sie sich mit einer Beschwerde direkt an die zuständige Aufsichtsbehörde wenden.

Der/Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen
Prinzenstraße 5, 30159 Hannover
Telefon: 0511-120 4500
Telefax: 0511-120 4599
E-Mail: poststelle@lfd.niedersachsen.de

Wir behalten uns das Recht vor, diese Datenschutzerklärung jederzeit unter Beachtung der geltenden Datenschutzbestimmungen zu ändern.